

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerhalb monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach Bel. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postkontokonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 8900.

Nr. 188

Freitag, den 13. August 1920

11. Jahrgang

## Frankreichs Provokation gegen England.

### Unabhängige als „Erzieher“

Von J. Stelling-Schwerin, M. d. R.

Die „Freiheit“ beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit der Regierungsbildung in Mecklenburg-Schwerin. Wer den Artikel liest, soll zu der Ueberzeugung kommen, daß die Unabhängigen nicht nur völlig ungeschuldt sind an dem Zustandekommen einer reaktionären Regierung in Mecklenburg-Schwerin, nein, daß sie sogar der Arbeiterklasse einen großen Dienst erwiesen haben, indem sie durch ihre Taktik die Rechtssozialisten gezwungen haben, sich wieder auf die alten Methoden des Klassenkampfes zu besinnen. Die Unabhängigen spielen sich also als Erzieher der Sozialdemokraten in Mecklenburg auf. Wenn es nicht so bitter ernst wäre, man möchte herzhafte Lachen über diese Annahme.

Der Schreiber des Artikels, der den ganzen Gang der Verhandlungen kennt, versucht in völlig bewusster Absicht das Bild zu verschleiern, indem er schreibt:

„Die Rechtssozialisten traten vier Wochen nach der Wahl an die U. S. P. wegen der Teilnahme an einer Koalitionsregierung mit ihnen und den Demokraten heran. Dabei wünschten sie zu wissen, ob die U. S. P. bereit sei, wenn sie nicht selbst an der Regierung teilnehmen wolle, eine Minderheitsregierung der Demokraten und Rechtssozialisten parlamentarisch zu unterstützen. Das mußte die U. S. P. ablehnen. Die Rechtssozialisten verlangten, daß dann in keiner Weise Kritik, auch nicht in der Presse, an dieser Regierung geübt werden solle. Im übrigen handelte es sich um ein Scheinangebot, denn die Demokraten hatten den Rechtssozialisten bereits zehn Tage vorher schriftlich erklärt, daß sie an einer Regierung mit den Unabhängigen nicht teilnehmen könnten.“

Hier wird der Anschein erweckt, als ob es sich bei den Verhandlungen lediglich um eine Koalitionsbildung zwischen Sozialdemokraten, Unabhängigen und Demokraten gehandelt hätte. In Wirklichkeit lag die Sache so, daß zunächst einmal die Grundlage einer Verständigung zwischen den beiden sozialistischen Parteien gesucht werden mußte. Und hier hatte die sozialdemokratische Fraktion die Richtlinien vorgeschlagen, die für die Regierungsbildung zwischen den beiden sozialistischen Parteien in Braunschweig vereinbart waren. Das aber lehnten die Unabhängigen ab. Sie stellten vielmehr für ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten eine Reihe Forderungen auf, die unannehmbar waren. So verlangten sie, um nur zwei Punkte herauszugreifen, die Bewaffnung des Proletariats und Verzicht auf die bisherigen sozialdemokratischen Minister, gegen die sie durch nichts gerechtfertigte, unwahre Angriffe erhoben hatten.

Erst in zweiter Linie kam die Frage der Koalition mit den Demokraten und die einer Minderheitsregierung zwischen diesen und Sozialdemokraten. Im letzteren Falle war lediglich gefragt worden, ob die Unabhängigen sich einer solchen Minderheitsregierung gegenüber neutral verhalten würden. Sie erklärten hierauf, daß sie das könnten, wenn diese Regierung sich auf den Boden der von ihnen aufgestellten Bedingungen stelle. Das kam natürlich einer Ablehnung gleich.

Im übrigen: Es ist un wahr, daß die Demokraten bereits zehn Tage vor den Verhandlungen mit der U. S. P. schriftlich erklärt hatten, sie könnten an einer Regierung mit den Unabhängigen nicht teilnehmen. Ich bin der Auffassung, daß die Demokraten sich, um einer Rechtsregierung zu entgehen, doch wohl schließlich noch bereit erklärt hätten, eine gemeinsame Regierung mit den Sozialisten beider Richtungen zu bilden. Nach der schroff ablehnenden Haltung der U. S. P. war es natürlich ausgeschlossen, auf dieser Grundlage weitere Verhandlungen zu pflegen. Daß die Rechtsregierung in Mecklenburg-Schwerin gekommen ist, verdanken wir ausschließlich der Haltung der U. S. P.

Daß eine rein sozialistische Minderheitsregierung schon nach wenigen Tagen zusammengebrochen wäre, ist für jeden politisch denkenden Menschen klar.

Nachdem die Dinge diesen Verlauf genommen hatten, mußte auch die Frage des Zusammengehens mit der Deutschen Volkspartei, die in Mecklenburg-Schwerin für die Verfassung gestimmt hatte, erörtert werden. Unsere Fraktion lehnte das ab. Das Resultat langer Verhandlungen war schließlich, daß unsere Fraktion sich mit der Bildung eines aus drei Sozialdemokraten und zwei politisch nicht hervorgetretenen Fachleuten zusammengesetzten Kabinetts einverstanden erklärte. Diese Kombination wurde jedoch von den Parteileitern abgelehnt, während deren Vorschläge: zwei Sozialdemokraten, zwei Neutrale oder ein ausgesprochen politisches Koalitionskabinet unter Hinzuziehung der Volkspartei, in der sozialdemokratischen Fraktion keine Gegenüber fanden. So blieb also den Rechtsparteien nichts anderes übrig, als selbst die Bildung einer Minderheitsregierung aus ihren Reihen in die Hand zu nehmen. Wir wollten dem eine rein sozialdemokratische Liste gegenüberstellen. Und nun kommt wieder eine Unwahrheit in dem „Freiheit“-Artikel. Es heißt da:

„In diesem Zeitpunkte drückte der linke Flügel der S. P. D. erklärt den Beschluß durch, das Angebot der U. S. P. auf Bildung einer sozialistischen Regierung anzunehmen.“

In der Fraktion ist weder hierüber gesprochen, noch abgestimmt worden, was ja auch nach der ablehnenden Haltung

der U. S. P. überflüssig gewesen wäre. Zwei Genossen der Fraktion traten vielmehr beim Mittagstisch mit unabhängigen Landtagsabgeordneten zusammen. Hierbei wurde die Lage besprochen und von unseren Genossen erwähnt, daß ja die U. S. P. mit der Aufstellung ihrer Bedingungen der S. P. D. den Stuhl vor die Tür gesetzt habe. Hierauf erklärten die Unabhängigen, daß die Bedingungen nicht von ihrer Fraktion, sondern nur von dem Fraktionsvorstand aufgestellt seien. Sie hätten nichts davon gewußt. Hierauf luden unsere Genossen unverbindlich die Unabhängigen ein, zu einer Fraktionsführung der Sozialdemokraten zu kommen; dort könne man ja über die Sache sprechen. Der inzwischen informierte Vorsitzende unserer Fraktion hatte nichts gegen diese gemeinsame Besprechung. In derselben erklärten sich die Mitglieder der U. S. P.-Fraktion bereit, bedingungslos mit uns die Regierung zu bilden. Die Herrschaften, die erst den Mund so voll genommen hatten, waren sehr fehm geworden; sie hatten wohl inzwischen erkannt, daß die bisher von ihnen betriebene Politik, wie ja auch der Ausfall der Landtagswahlen gegenüber den Reichstagswahlen in Mecklenburg bewiesen hatte, für ihre Partei totengräberisch wirkte. Deshalb ergriffen sie die sich ihnen zufällig bietende Gelegenheit und langten mit beiden Händen zu, um für sich zu retten, was noch zu retten war.

Der weitere Verlauf der Dinge war folgender: Die Demokraten hatten, wie wir kurz vor Stattfinden der Landtagsführung erfuhren, beschlossen, zwischen der inzwischen aufgestellten Liste beider sozialistischen Parteien — drei Sozialdemokraten und zwei Unabhängige — und der Rechtsliste Auswahl zu halten; sie wollten zwei oder drei unserer Genossen und dann den Rest von der bürgerlichen Liste wählen. Selbstredend lehnte die sozialdemokratische Fraktion ein solches Spiel ab und beschloß, weiße Zettel abzugeben. Dieser Beschluß, dem sich die U. S. P. und später auch die Demokraten anschlossen, ist von unserem Fraktionsvorsitzenden auch vor der Wahl des Ministeriums im Landtage öffentlich begründet worden. Damit vergleiche man, was die „Freiheit“ schreibt:

„Es gelang nicht, die Rechtssozialisten davon zu überzeugen, daß in diesem Falle die gewählten sozialistischen Minister zurückzutreten haben. Sie glaubten vielmehr, daß sie sich dann der „Stimme des Volkes“ beugen müßten.“

Es gehört wirklich schon eine große Portion — Freiheit dazu, die Tatsachen derart auf den Kopf zu stellen.

Aus dieser objektiven Schilderung ersehen die Leser den richtigen Sachverhalt; sie werden zweifellos mit uns den Ausgang dieser Regierungsbildung bedauern, aber auch erkennen, daß die Sozialdemokratie an diesem Ausfall schuldlos ist. Hätten die Unabhängigen sich rechtzeitig auf sich selbst besonnen, dann wäre doch keine Bande Mecklenburg die auf so schwachen Füßen stehende Rechtsregierung — 29 von 64 Stimmen — und damit viel Unheil erspart geblieben. Die Arbeiter und kleinen Leute Mecklenburgs werden hoffentlich aus dem Verhalten der U. S. P. die richtige Lehre ziehen und diesen Vortrupp der Reaktion dahin jagen, wohin er gehört.

### Stärkere Spannung Frankreich-England.

Die Treibereien der französischen Reaktionäre wollen England mit Gewalt dazu zwingen, das bis zur Vernichtung bedrohte Polen mit allen Mitteln zu retten. Die zögernde Politik Lloyd Georges, die mit Rußland nicht verderben will, gefällt den Willkür- und Hochpar nicht. Um die Engländer vorwärts zu treiben, hat Paris jetzt sogar zu dem verwerflichen Mittel einer Pression gegriffen. Den in Südrussland angeblich auf eigene Faust gegen die Sowjetregierung Krieg führenden General Wrangel hat Frankreich pöbelhaft und ohne Einverständnis mit England als die tatsächliche Regierung für Südrussland anerkannt. Dabei hat die Sowjetregierung die Nichtanerkennung Wrangels ausdrücklich zur Vorbedingung einer Verständigung mit den Alliierten gemacht.

Diese Ueberrumpfung hat sogar die Londoner „Times“, die bisher mit Lloyd Georges hinhalten der russischen Politik nicht einverstanden war, gegen Paris aufgebracht. Das Blatt sagt, die Anerkennung Wrangels habe wie eine Bombe eingeschlagen und müsse zu Fehlschüssen führen, die kein Verständiger in England und Frankreich wünschen könnte.

Die Pariser Presse ist hocherfreut über die Attacke gegen Lloyd George. Sie schreibt, Polen müsse in diesem kritischen Augenblick den Glauben an Frankreichs erweisen. Willen sie gegen Rußland zu beharren, um dies zu verhindern, sei Wrangel die Regierung in dem südrussischen Gebiet bekannt worden, in dem der französische Vertreter in London die Beziehungen zu Komarow abbrach. Frankreich lege jede Schuld daran, daß es zu weitreichenden Differenzen mit England gekommen sei, ab.

Nach der „Morning Post“ steht eine neue Konferenz zwischen Lloyd George und Millerand bevor, die in London oder in England stattfinden soll. Der englische König soll wegen des Ernstes der Lage keine Reise nach Schottland aufgeschoben haben.

### Mißstimmung im englischen Unterhause.

London, 1. Aug. (W. T. B.) Maclean führte im englischen Unterhause aus: Wenn eine Pariser Meldung tatsächlich den Entschluß der französischen Regierung wiedergibt, dann ist eine neue Lage entstanden, und dann muß Frankreich seinen Weg allein weitergehen. Maclean fragte sodann, ob es die Absicht der Regierung sei, das Haus morgen in die Sommerferien gehen zu lassen. Bonar Law erwiderte: Sonst war es ursprünglich beabsichtigt. Die Regierung ist jedoch jetzt dafür, daß es besser ist, wenn das Haus am Montag wieder zusammentritt. Ich hoffe, daß die Lage bis dahin wieder klarer geworden ist, und daß das Haus dann in die Sommerferien gehen könne.

### Amerika noch nicht von der Brangelei unterrichtet.

Paris, 12. Aug. Havas berichtet aus Washington vom 11. August: Frankreich habe der amerikanischen Regierung den Entschluß, die Regierung des Generals Wrangel anzuerkennen, noch nicht mitgeteilt, obwohl die amerikanische Regierung der Handlungsweise der französischen Regierung sympathisch gegenübersteht. Amerika sei aber trotzdem nicht geneigt, irgendeine antikomunistische Regierung in Rußland anzuerkennen, solange die Lage nicht klar überleben werden könne.

### Einberufung der Pariser Kammer?

Paris, 12. Aug. „Liberte“ erfährt: Angesichts der großen Erregung in politischen französischen Kreisen hätten parlamentarische Persönlichkeiten heute vormittag erklärt, es sei unrichtig, die Kammer und den Senat unverzüglich einzuberufen.

### Polens Parlamentäre an der Front.

Die „D. Z.“ meldet aus Warschau unterm 12. August: Von hiesiger zuständiger Stelle erfahren wir folgende Einzelheiten über die gestrigen Vorgänge: Die offizielle Antwort der Russen auf die jüngste polnische Note ist tatsächlich bis jetzt noch nicht eingegangen. Dagegen erschienen gestern am frühen Morgen an der polnischen Front russische Parlamentäre mit der Anfrage, warum bis jetzt noch keine polnischen Unterhändler wegen des Waffenstillstandes und des Friedens bei der sowjet-russischen Heeresleitung erschienen seien. Diese Anfrage der russischen Parlamentäre wurde gestern um 7 1/2 Uhr früh morgens hierher weitergegeben. Der Premierminister Witos begab sich in Begleitung des Vizepremiers Dajlinski daraufhin zum Staatschef Dillubski, bei dem in Anwesenheit des Gesamtministeriums eine fünfstündige Beratung stattfand. Es wurde beschlossen, sofort die polnischen Parlamentäre nach der russischen Frontleitung zu senden. Gestern Abend reisten dahin ab der Chef der polnischen Abteilung des Ministeriums des Inneren Dostki, Major im Generallstab Stamicowski, die, wie wir schon erfahren, mit den Russen auf der Chaussee zwischen Siedlce und Brest-Litowsk zusammengetroffen sind. Die genannten beiden polnischen Herren sollen nicht unterhandeln, sondern vorerst nur mit den Sowjets den Ort und den Zeitpunkt zu dem Beginn der Verhandlungen vereinbaren. Gleichgültig ist eine dahingehende polnische Radio-Note nach Moskau abgegangen. Sollten sich Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen mit Rußland wirklich ermöglichen, so wird die polnische Regierung eine Unterhandlungskommission entsenden.

Trotz ist in Bialystok eingetroffen, wo er sein Hauptquartier aufgeschlagen hat.

### Englands Flotte gegen Petersburg?

Die englische Flotte, die für die Ostsee bestimmt ist, hat sich bereits in Finnischen Bucht gezeigt. Die Flotte ist der Bevölkerung gegenüber unruhig gemacht worden und Simonsen veröffentlichen unter dem Titel: „Eine neue Gefahr bedroht Petersburg“, einen Aufruf, in dem es heißt: „Die Imperialisten der Entente treiben Finnland zu einem Angriff gegen Petersburg, den sie durch die englische Flotte unterstützen wollen. Wir wollen sehen, ob England seine Drohung zu verwirklichen wagt und ob das weiße Finnland es wagen wird, uns zu überfallen, nachdem wir es schon einmal vernichtet haben. Wir wollen sehen, ob die englische Flotte gegen Petersburg vorgeht. Tut sie dies, so werden die Arbeiter und Matrosen aufgefordert, für die Verteidigung der Stadt zu sorgen.“

### Deutschland, Giolitti und Lloyd George.

Berlin, 13. Aug. An der Zusammenkunft Giolittis mit Lloyd George in Lugano lassen sich auch italienische Blätter, wovon nur mit Vorbehalt Notiz genommen wird, den deutschen Augenmerkern zuwenden.

# Verurteilter deutschnationaler Berleumder.

Rein Tag vergeht, an dem nicht von deutschnationaler Seite in Deutschland gegen Parteigenossen, die sich in Verwaltungs- und Regierungsstellen befinden, die schwersten Beschuldigungen und Verunglimpfungen erhoben werden. So brachte u. a. die „Deutsche Tageszeitung“ vom 11. Dezember 1919 einen vom Rechtsanwalt Ernst Böttcher-Berlin verfassten Artikel mit der Überschrift: „Wer nicht Sozialist ist — liegt“. In dem Artikel wurde behauptet, daß der als Kommissionsrat der Provinzialtarifstelle in Kiel tätige Kaufmann Jabel aus Neumünster gemahnt worden sei, weil er nicht zur Sozialdemokratie gehöre. Die Provinzialtarifstelle habe sich in den Diensten der Sozialdemokratischen Partei gehalten. Man habe sich nicht gekümmert, das angelegene Geschick des Kommissionsrats zu schädigen indem man die Entlassung der Erlaubnis trotz dieses nur als aus Parteigründen erklärten Verhaltens des Oberpräsidenten Kautz in der Presse veröffentlichte. Weiter hieß es in dem Artikel:

„Der Kommissionsrat hat wiederholt die Sozialdemokratische Partei in der Öffentlichkeit angegriffen, während ihm auf dem Wege amtliche Mitteilungen demokratisch regiert. Der erste Grundriss der Demokratie lautet offenbar nach Herrn Kautz auch für das Geschäftsleben: „Wer nicht Sozialist ist, der liegt!“

Dieser Artikel dieses Artikels habe der Oberpräsident Kautz wegen Verleumdung seiner Person und der ihm unterstellten Provinzialtarifstelle Strafantrag gegen den Verleumder des Artikels gestellt. Die Verhandlung fand in den letzten Tagen vor dem Schöffengericht in Kiel statt. Der Angeklagte hat in einer Vernehmung erklärt den Artikelverleumdung zu haben, er nahm aber für sich den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches in Anspruch, da er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Jabel mußte er aber, daß er nicht von dem Kaufmann Jabel persönlich beauftragt sei, sondern er habe nur als Syndikusanwalt mit ihm korrespondiert.

Das Schöffengericht kam zu einer Verurteilung des Angeklagten zu einer Geldstrafe von 1000 Mark und zu den Kosten des Verfahrens. Weiter wurde dem Verleumder die Publikationsverbotsmaßnahme zugesprochen. In der Urteilsbegründung heißt es: Der Artikel enthält eine ganz unangebrachte, offenbar vom Hoch Richter, unverhüllte Insultation und bewußte Verleumdung des Oberpräsidenten.

Es liegt der Tatbestand des § 184 des Strafgesetzbuches vor, daß sich der Angeklagte als Rechtsanwalt dessen bewußt ist, kann nicht zweifelhaft sein. Der Angeklagte hat den Artikel gar nicht im Interesse der Rechtfertigung des Jabel, sondern im parteipolitischen Interesse veröffentlicht. Es ist ihm nur um Sensation zu tun. Daß der Angeklagte es nur auf einen Angriff und eine Ehrenkränkung abzielt, beweisen keine Mißachtung mit dem erwähnten Falle in gar keinem Zusammenhang stehender Bemerkungen, mit denen er offensichtlich einen systematischen Feindschub gegen den Oberpräsidenten zu unternehmen sucht. Der Wahrheitsbeweis ist dem Angeklagten in keinem Falle gelungen. Es genügt der Hinweis, daß der Oberpräsident in der Angelegenheit des Falles Jabel auch nicht einen Heberstrich getan hat. Was aber den Verleumder der Kartellstelle anbetrifft, so hat diese den Jabel in der Hauptverhandlung zum ersten Male zu Gesicht bekommen. Wie wenig der Vorwurf der Parteilichkeit im sozialistischen Sinne gegen den Leiter der Kartellstelle, der Zeugen Parteilichkeit begründet ist, beweist schon der Umstand, daß Parteilichkeit sich nur Deutschen Volkspartei bezieht. Die Parteilichkeit bezieht, hat die Kartellstelle mit der Politik überhaupt nichts zu tun. Sie ist auch nicht im geringsten vom Oberpräsidenten in parteipolitischer Hinsicht beeinflusst worden.

Für die Strafzumessung kam als Erschwerung in Betracht, daß der Angeklagte den Beruf als Rechtsanwalt ausübt. Es war leichtfertig von ihm, den ihm übergebenen Stoff ohne weiteres hinzunehmen. Die Verleumdung liegt um so schwerer, als sie sich gegen einen Beamten richtet, der das höchste Amt in der Provinz bekleidet. Schließlich wird durch die Höhe der Strafe am Ausdruck gebracht, daß es sich um einen bekanntheit wertenden Heberstrich handelt. In Berücksichtigung aller dieser Umstände erschien dem Schöffengericht die höchste zulässige Geldstrafe gerade hoch genug, wobei zu bemerken ist, daß diese Strafe in Anbetracht der heutigen Geldwertverwertung nicht mehr zeitgemäß erscheint.

Somit das Urteil. Es bleibt abzuwarten, ob dieser Rezensent nun endlich den Zweck erreicht, daß die reaktionären Hochblätter vom Schilde der „Deutsche Tageszeitung“, „Deutsche Zeitung“, „Tägliche Rundschau“ usw. von der sozialdemokratischen Weltöffentlichkeit hinweggeräumt werden.

## Französischer Terror im Saargebiet.

Ueber das Saargebiet ist von den Franzosen der verheerendste Belagerungsstand verhängt worden. Eine größere Anzahl von Personen wird als politisch verdächtig verhaftet. Die ihnen unterkommenen gewahren, werden mit Zuchthaus aber mit Erschießen bedroht. Das deutsche Mitglied der Regierungskommission Herr von Boch ist zurückgetreten als Folge der Haltung der Saarregierung. Man glaubt, daß die Franzosen als Nachfolger des Herrn v. Boch den französisch gestimmten Justizrat Kautz in Saarbrücken nehmen werden. Die Redakteure der sozialdemokratischen „Saarbrücker Volksstimme“ Jabel und Schiller sind verhaftet worden. Gegen sämtliche Redakteure der „Saarbrücker Zeitung“ ist der Verhaftungsbescheid ausgesprochen worden mit Ausnahme von Jabel. Die „Saarbrücker Zeitung“ ist von einem kurzen französischen Truppenbesatz mit Höchstmaßnahme umstellt. Es hat eine scharfe Durchsuchung des Betriebes und der Privatwohnungen der Redakteure sowie des Vorlegers stattgefunden. Auch die Bergbeamten sind mit in den Einsatz gezogen, so daß ein Generalstreik im Bereich der Möglichkeit liegt. Die Erbitterung der Bevölkerung über die Maßnahmen der Belagerung ist ungeheuer.

## Clond Georges Wahnung nach Moskau.

London, 12. Aug. (Reuter.) Clond George hat in der Angelegenheit der Verzögerung des Minister Kongresses einen Brief an Komarow geschrieben, in dem er die Hoffnung ausspricht, daß sofortige Verhandlungen wegen der Rolle der polnischen Delegierten nach Wien und über die Entgegennahme polnischer Mitteilungen durch die russischen bräutlichen Sektionen erzielt werde. Die ständige Regierung Moskaus. Mitteilungen aus Warschau entgegenzunehmen, sei einer freundlichen und speziellen Lösung der Streit nicht überlassen.

# Richterrecht für Danzigs Frauen!

Der wichtigste Punkt der gestrigen vorläufigen Schlußfassung der Verfassungsgebenden Versammlung betraf eine Urfrage der Reichsversammlung, die die bisherige Gesellschaft kaum in ihren Anfängen zu lösen vermochte. Die Bevormundung der Frau durch den Mann galt als so selbstverständlich, daß selbst die weiblichen Abgeordneten der Deutschnationalen sich von dieser Anschauung nicht lösen können. Wegen den sozialdemokratischen Antrag, der das Richterrecht der Frauen fordert, mochte gerade die deutschnationalen Frau Prof. Krawinkel Erwähnungen, die vom Standpunkt der Frauenrechte eigentümlich nur noch beschämend wirken. Unsere Genossin Plagemann antwortete darauf, wie es eine selbstbewußte denkende Frau tun muß. Genossin Dr. Ding hielt den Deutschnationalen vor, daß ihre weitestgehend gesellschaftliche Abgeschlossenheit der Frau, die vom Leben und seiner wahren Erkenntnis fernhalte. Deshalb wollten diese Kreise die Richterfähigkeit der Frauen und Mädchen nur zu einem gelegentlichen freiwilligen Dilettantismus machen. Von der „Freien Wirtschaftlichen Vereinigung“ äußerte Rechtsanwalt Reumann wieder recht verständliche Ansichten. Die unabhängige Abgeordnete Döll unterstützte den sozialdemokratischen Antrag. Die Demokraten versagten auch hierbei. Nicht einer von ihnen verteidigte die Frauenrechte. Dann wurde der sozialdemokratische Antrag, leider mit einer Einschränkung, und ein Antrag der „F. D. V.“ dem Staatsrat zur Berücksichtigung überwiegen. Nach Erledigung einiger anderer Eingaben usw. ging das Haus bis zum 7. September in die Ferien.

## 23. Plenarsitzung des Danziger Volkstages am 12. August 1920.

Präsident D. Reinhard eröffnete die Sitzung und verlas ein Schreiben des Oberkommissars, der darin mitteilt, daß er die Verfassung dem Völkerverband zur endgültigen Festsetzung überreichen werde.

Der Ausschuß für außerordentliche Angelegenheiten hat den Entwurf einer Konvention mit Polen fertiggestellt. Die Mitglieder des Volkstages äußerten sich in den Entwürfen, über seinen Inhalt ist jedoch strenges Stillschweigen zu beobachten.

Erledigung von Eingaben und Anträgen.

Die Eingabe der deutschnationalen Kranken- und Begräbniskasse und des Gewerkschaftsbundes landwirtschaftlicher Angehöriger wurde betr. Erhöhung der Krankenversicherungsprämie auf 15 000 M. wurde dem Staatsrat einstimmig zur Berücksichtigung überwiegen. Die Danziger Handelskammer hat eine Eingabe gemacht betr. Einschränkung der öffentlichen Aufwendungen, rechtzeitige Bereitstellung von Mitteln zu ihrer Bedienung, öffentliche Kontrolle.

Abg. Schick (Zentr.) erklärte, daß diese Eingabe an die verkehrte Stelle gelangt sei. Man dürfe den Rat nach dort richten, wo über Einnahmen und Ausgaben beschlossen werde. (Abg. Grünhagen: Zur Lageordnung übergehen!)

Die Eingabe wurde dem Staatsrat als Material überwiegen. Der Beamtenbund, Ostpreußen, wünschte: Einreichung der Stadt Zoppot in die Feuerungsliste A.

Die „F. D. V.“ erneuerte den Antrag dahin, daß eine Reinstellung der Sozialisten für den ganzen Freistaat erfolgen soll.

Der Vorsitzende des Staatsrates E. a. h. m. erklärte, daß auch ohne diese Ansetzung eine Reinstellung der Sozialisten im Freistaat in Aussicht genommen ist.

Die erneuerte Eingabe wurde dem Staatsrat als Material überwiegen.

Der Allgemeine Arbeitgeberverband wünschte die Zulassung zur gemeinsamen Versicherung vor der Beschäftigung über einen Geschäftsbereich betr. Arbeitslosenversicherung.

Der Abg. Dr. Franz (Recht.) erklärte als Berichterstatter des Ausschusses, daß der Volkstag sich vorläufig nicht mit der Arbeitslosenversicherung beschäftigen werde, deshalb liegt auch kein Grund vor, die Eingabe zu besprechen. Das Haus schloß sich dieser Ansicht an.

Eine Eingabe des Verbandes der Fingerringe wünschte den Bau einer städtischen Straßbahn (von Danzig nach Gosteb.)

Die Verfassungsgebende Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß dies eine länderliche Angelegenheit sei und nicht Sache des Volkstages.

Vertrag des Frauen mit Richteramt.

Die „F. D. V.“ hatte folgenden Antrag eingebracht: Die Verfassungsgebende Versammlung wolle beschließen: den Staatsrat zu ersuchen, ungehend ein Gesetz einzubringen, daß Frauen als Richter in die Gerichte, besonders Landmann- und Gewerbegerichte im Freistaat Danzig berufen werden.

Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion lautet: Die Verfassungsgebende Versammlung für die Freie Stadt Danzig wolle beschließen: den Staatsrat zu ersuchen, ungehend ein Gesetz einzubringen dahingehend, daß Frauen auch Frauen als Schöffen und Schöffen in der Sache gegen weibliche Angeklagte und besonders gegen weibliche bedrückte Geschöpfe, welche als Richter in Schwere- u. Kriminalgerichten berufen werden.

Die linke Fraktion äußerte ihren Antrag später dahingehend, daß Frauen zu allen Strafsachen als Schöffen und Schöffen herangezogen werden können.

Die Deutschnationalen verlegten in beiden Anträgen die Entscheidung, daß die Frauen nur mit ihrem Einverständnis zu dem Ehrenamt berufen werden.

Abg. Frau Landmann (Zentr.) sprach als Berichterstatterin des Ausschusses für die Anträge.

Abg. Frau Landmann (Recht.) hielt eine sachlich belanglose deutliche Rede über die Angelegenheit. Ihre Rede erregte oftmals Heiterkeit und Widerspruch. Die Frauen hätten

das Richteramt vor als ein Geschenk der Revolution erhalten, doch sei ihnen der Preis, — der Ruin des Vaterlandes — dafür zu hoch. (Gelächter.) Gegen den sozialdemokratischen Antrag ließen sich ernste Bedenken erheben, wenn auch die Frau manche wertvolle Eigenschaften zu dem Richteramt habe. Bei Hochverbrechen und Hindernisverhandlungen würden Frauen oft härtere Strafen verhängen. Doch bringe das Finanzziehen der Frau aus dem Haus schwere Gefahren für das Volkstum mit sich.

Abg. Frau Plagemann (Soz.): Die Vordrönerin hat hier eine schmerzvolle Vorlesung gehalten, aber viel mehr Pathos verschwendet, als die ernste Frage sachlich und nüchtern zu behandeln. Erwähnen möchte ich, daß das Erkenntnis zum Pazifismus in den letzten Jahren schwere Opfer forderte, die wir gebracht haben. Ich will uns Frauen hier nicht besonders loben, sondern nur bekräftigen, was eigentlich selbstverständlich ist, nach dem die Verfassung die Gleichberechtigung der Frau ohne Einschränkung festgelegt hat. Man sollte über die sozialdemokratischen Forderungen also gar nicht mehr sprechen. Die Gleichberechtigung, die in gewissen Frauenkreisen gegen die Nebennahme solcher Ämter noch besteht, sei auch bei den Männern genau so vorhanden. Die meisten von diesen weigerten sich auch, als Schöffe oder Geschworene zu wirken oder auch vor Gericht zu werden. Die Frauen würden sich aber recht bald in diese neue Aufgabe hineinfinden. Vernünftige Ablehnungsgründe, wie Pflichten der Kindererziehung usw., würden selbstverständlich berücksichtigt werden.

Abg. Dr. Reumann (F. D. V.): Die Anträge bedeuten einen Schritt ins Neue. Schon vor Jahren habe die preussische Justizverwaltung eine Umfrage über die Mitwirkung der Frau bei der Rechtspflege gehalten. Unter den wenigen Körperlichkeiten, die sich dafür ausgesprochen haben, habe sich auch die Anwaltskammer Westpreußen befunden. Dem Ausschuss lag eine Petition vor mit 700 Unterschriften von Frauen gegen die Gleichberechtigung der Frau als Richteramt. Nach Ansicht des Redners waren sich diese Frauen über die Bedeutung der Sache nicht klar. Der Standpunkt der Richter sei veraltet. Gattin und Mutter zu sein, ist höchster Beruf der Frau. Doch die Zeitverhältnisse haben die Frau ins Wirtschaftsleben hineingetrieben. Das weibliche Geschlecht hat im Kriege großes geleistet, müsse durch Verleihung von Rechten anerkannt werden. Nicht nur die Witwe habe das Frauenwahlrecht geschaffen. (Zuruf Grünhagen: Nur wir allein!) Wenn sich die Frauen bei der Urteilsbildung von Herz und Gemüt leiten lassen, so ist das kein Fehler; der harte Kopf des Richters schafft nicht immer die richtigen Urteile. Bei den Jugendgerichten habe die Frau bereits erfolgreich gewirkt. Das Recht der Ablehnung müsse den Frauen jedoch gegeben werden.

Abg. Frau Döll (Unabh.): Wir stehen auch auf dem Standpunkt, daß die Frau ins Haus gehört. Aber auf dem Lande sind die Frauen von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang auf dem Felde tätig. (Zuruf Grünhagen: Arbeit macht das Leben süß!) Man soll den Arbeiterfrauen Zeit zur Erziehung ihrer Kinder lassen. Rednerin trat für den sozialdemokratischen Antrag ein.

Abg. Dr. Ding (Soz.): Die langen Reden seien nach den Beratungen des Reichsausschusses kaum noch begrifflich. Die Deutschnationalen wendeten sich nicht lediglich gegen die Gleichberechtigung der Frau im Richteramt. Dieser Widerstand liegt tiefer. Der merkwürdige gesellschaftliche Aufbau jener Kreise mache das Vorgehen verständlich. Jener Rufbau, der von Gebel über Jabel und Strick so als Lebenslüge bekämpft worden sei. In jenen Kreisen, die sich „die Gesellschaft“ nennen, bestehe die geschlossene Institution, daß die Frau die innere Familienorganisation bestimme. Die Frauen jener Kreise trügen daher auch die Schuld daran, daß die vaterländische Annetionistenpartei Schritte zur Verlängerung des Krieges tun konnte. (Anruhe und Zurufe.) Jene Frauen hätten keine Ahnung vom Leben, wie es aus eigener Erfahrung wisse. Daher habe jene Gesellschaft ein so lebhaftes Interesse, ihren nebelhaften Anschauungen Weisheit anzuhängen. Daher wolle man auch durch die Erziehung der Kinder dafür sorgen, daß der Ermadense mit Scheuklappen umherlaufe. Deshalb verjuche man auch, die Frauen jener Kreise dauernd weltfremd zu erhalten und sie nicht die Wirklichkeit sehen zu lassen. Die hier verlangten Einschränkungen bedeuteten, daß man das Richterrecht der Frau nur als gelegentlichen freiwilligen Dilettantismus gestalten wolle, als gelegentlichen freiwilligen Dilettantismus gestalten wolle. (Schworen, sondern auch Mitarbeiterinnen sein sollen, wenn Männer abgeurteilt werden. Wir wollen, daß die Frauen allgemein als Latenzrichter mitwirken.) (Staub links.)

Abg. Frau Landmann (Deutschn.): Geben Sie nur den Frauen neue Rechte, die es wünschen. Eine Volksabstimmung unter den Frauen über diese Frage würde den Antrag ablehnen. Die Frau ist die Seele des Hauses und es ist nicht gut für sie, wenn sie in die Kerkern des Verbrechens hineingehaut.

Der deutschnationaler Antrag, der das Recht der Ablehnung forderte, wurde dann mit 66 gegen 61 Stimmen angenommen.

Der Ergänzungsantrag der Sozialdemokratischen Partei zu ihrem Antrag wurde abgelehnt.

Beide Anträge, der der F. D. V. und der der Sozialdem. Partei wurden dann einstimmig dem Staatsrat zur Berücksichtigung überwiegen. Die meisten Deutschnationalen wußten zwar gar nicht, wie sie stimmen sollten, erst auf Kommando erhoben sie sich von ihren Plätzen.

Festsetzung der Lage der Aufgehaltenspflichtiger.

Ein Antrag (F. D. V.) beschäftigte sich mit der Lage der Aufgehaltenspflichtiger. Das Haus stellte sich auf den Standpunkt, daß die im Freistaat wohnenden Aufgehaltenspflichtiger nicht schlechter gestellt werden dürfen, wie ihre Kollegen im Deutschen Reich.

Demokratische Umwandlung des Staatsrates.

Der Reichsausschuss beschäftigte sich mit der Umwandlung des Staatsrates und ist mit seinen Beratungen nahezu fertig. Abg. Dr. Ding (Soz.) beantragte deshalb, eine Sonnabend-Sitzung abzuhalten. Die Deutschnationalen waren jedoch für vorläufige Vertagung des Hauses und blieben auch dabei, als ihnen von unseren Genossen Verkleppungskaffel vorgeworfen wurde. Auf Vorschlag des Präsidenten vertagte sich der Volkstag darauf bis zum 7. September.

## Italienische Wählung.

Rom, 10. August. (Stefani.) Die Kammer beendet die Ausprache über den Vertrag von St. Germain. Graf Storza erklärte, daß eine Besetzung oder sofortige Annexion von Triest im dem Vertrag nicht vorgesehen sei. Giolitti erklärte, daß Triest keineswegs die Oberhoheit über Gebiete beanspruche, die noch in der Waffenstillstandslage lagen. Die Kammer billigte dann zwei Tagesordnungen, die die Regierung auffordern, die Wahlen in den neuen Gebieten zu beschleunigen und auch dort das Wahlrecht anzuwenden.

Mit 177 gegen 59 Stimmen stimmte die Kammer gegen eine Tagesordnung Treves (Soz.), welche die Ratifizierung des Vertrages von St. Germain ablehnte.

## Ein Sieg der englischen Labour-Party.

London, 10. August. (Lehmung.) Die Labour-Party hat wiederum einen Parlamentsjüngling erobert, und war handelt es sich um den Sieg in dem Wahlkreis von Norfolk, wo der koalitionsliberale Abgeordnete mit 8524 Stimmen geschlagen wurde.

## Danziger Nachrichten.

### Berammlung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes.

Wir erhalten folgenden Bericht:

Der Allgemeine Gewerkschaftsbund der Freien Stadt Danzig tagte am Montag, den 9. August. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des bei der Demonstration getöteten Kollegen Thoms wie üblich geehrt und sodann beschlossen, einen Aufruf an alle Gewerkschaften zu lassen, daß die Gewerkschaften sofort Sammlungen in die Wege leiten sollen, um die Hinterbliebenen unterstützen zu können.

In Punkt 1 der Tagesordnung forderten verschiedene Anträge die Verhängung des Boykotts gegen Polen. Klapp begründete einen diesbezüglichen Antrag der Metall- und Transportarbeiter und betonte die Pflicht, daß wir im Kriege zwischen Polen und Rußland strengste Neutralität üben müßten. Eugling wies auf die Schwierigkeiten hin, die eine Boykottklärung auf der ganzen Linie mit sich bringen würde und streifte hierbei die Produktionsverhältnisse der großen Danziger Betriebe, in denen zurzeit noch sogar Ueberstunden gemacht würden. Siering sprach für die Boykottklärung. Klingner meinte nach längerer Ausführungen, daß es auf dem Wege mit Rußland möglich sei, den Friedensvertrag von Versailles zu revidieren. Von Stegmann wurde eine Resolution eingebracht und begründet, in der den englischen Arbeitern der Dank für ihr Solidaritätsfestgramm ausgesprochen wird, in der aber auch erwartet wird, daß in Zukunft von den englischen Arbeitern keine Munition verladen und die Kriegstransporte bereits in England unterbunden werden. — Nachdem noch eine Anzahl Redner für und gegen den Boykott gesprochen hatte, wurde die Debatte geschlossen und folgender Antrag der Eisenbahner angenommen:

„Die Versammelten verpflichten sich, Kriegsmaterial, das für Polen bestimmt ist, aus dem Freistadtgebiet heraus nicht mehr zu befördern. Die Danziger Arbeiter finden es unter ihrer Würde, zur Bekämpfung des russischen Proletariats den Polen Scherzgedienste zu leisten. Sie verpflichten sich, dafür zu sorgen, daß auf allen Dienststellen jede Arbeit verweigert wird, die den reaktionären Bestrebungen der Polen für ihre Kriegszwecke von Nutzen sein könnte.“

Durch die Annahme dieses Antrages war die Resolution Stegmann erledigt.

Im 2. Punkt wurde der Antrag der Schiffszimmerer behandelt, der sich mit der Berichterstattung der „Volksstimme“ beschäftigt und der folgenden Wortlaut hat:

„Die Delegiertenversammlung wolle beschließen, Kartellberichte nicht mehr in die „Danziger Volksstimme“ einzufenden.“

Sierle begründete den Antrag und nahm Bezug auf den Bericht von der Jahres-Generalversammlung, den er als vollständig den Tatsachen widersprechend hinstellte. Klingner beurteilte auf das Entschiedenste, daß die „Volksstimme“ bei dieser Gelegenheit von einem Siege der Unabhängigen und Kommunisten berichtete und betonte, daß die Delegierten in diesen Versammlungen nur Gewerkschaftler wären und hier auch nur im Sinne der Gewerkschaften tätig seien. Allerdings habe auch das „Freie Volk“ bei seiner Berichterstattung oft eine Stellung eingenommen, die er als Gewerkschaftler ebenso verurteilen müsse. Schmidt ging in längeren Ausführungen auf die Berichterstattung der „Volksstimme“ anlässlich der Demonstration ein und erklärte, daß sich jeder Gewerkschaftler eine solche Berichterstattung für die Zukunft verbitten

müsse. (Schmidt gab zu, daß auch das unabhängige „Freie Volk“ nicht immer sachlich berichtet habe und sagte in diesem Sinne eine Besserung in der Haltung jenes Blattes zu. Red. „Volksstimme“.)

Nachdem noch eine Anzahl Redner zu dieser Sache gesprochen hatte, lief folgende Entschliessung ein:

„Die Delegierten des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes der Freien Stadt Danzig erwarten von der „Danziger Volksstimme“, die Berichte von den Veranstaltungen und Versammlungen der freien Gewerkschaften mehr objektiv zu bringen wie bisher und daß sie jede Parteilichkeit in diesen Berichten unterläßt. Andernfalls wird der „Volksstimme“ das Recht abgesprochen, sich Publikationsorgan der freien Gewerkschaften zu nennen.“

(Krauer wünschte eine Veränderung der Resolution in der Richtung, daß darin auch gegen die Schreibweise des „Freien Volks“ Stellung genommen werden solle. Red. „Volksstimme“.)

Die ganze Diskussion dieser Frage ließ erwarten, daß die Entschliessung zur Annahme gelangen würde. Wegen Versagens der Saalbeleuchtung mußte jedoch die Versammlung geschlossen werden. In Zukunft sollen die Versammlungsberichte nur vom Sekretär für die Presse geliefert werden.

Wir haben in der Hauptsache zu dieser Debatte gegen die Pressefreiheit und die Meinungsfreiheit der „Volksstimme“ schon am Montag unsere Meinung gesagt und so den vorstehenden offiziellen Bericht ergänzt. Daß die Spartakisten Sierle und Klingner gerade Richter über die „Volksstimme“ sind, ist bei ihnen genau so selbstverständlich, wie bei dem Unabhängigen Schmidt. Bezeichnen dieser Herr doch unsere Genossen Klaffenberg wegen der in der „Volksstimme“ abgegebenen Erklärung sogar als — Lumpen! Zu der schließlich eingebrachten Resolution stellen wir ausdrücklich fest, daß keine unserer unabhängigen und parteilicheren Widersacher auch nur den Versuch gemacht hat, den Nachweis zu führen, daß wir tatsächlich in unseren Berichten über das Kartell Parteipolitik getrieben haben. Fest steht aber, daß dieselben Leute im Vorstande der unabhängigen Partei die Mitarbeiter des Kartells offiziell sabotieren und sie in jeder Form als sozialdemokratische Schiebung zu entstellen versuchen. Das „Freie Volk“ unterschlug deshalb sogar die amtliche Mitteilung der Kartell-Leitung von der Gruppierung des Mitarbeiterzuges! Genau so haben die gegen uns „politisch“ entarteten Spartakus-Unabhängigen unter offenkundigem Bruch der Kartellbeschlüsse die gewerkschaftliche Juli-Demonstration zu einer eigenen politischen Sonderaktion gemacht! Damit wollen wir es vorläufig bewenden lassen. Wir vermissen aber, daß der offizielle Bericht sogar die von dem Spartakisten Sierle gegen unseren Gen. Kartell ausgesprochene Drohung nicht mitteilt. Die Art der Meinungsfreiheit, die die Antragsteller meinen, wird dadurch, wie durch die unabhängige Beschimpfung Klaffenbergs, doch erst richtig gekennzeichnet. Von der Mehrheit des Kartells erwarten wir jedoch, daß sie sich nicht zu unwarmer Reherlichkeit hergeben wird.

### Mäßregelung von Buchdrucker-Hilfsarbeitern.

Unter den Arbeitgebern sind es besonders die Prinzipale im Buchdruckergewerbe, die den sozialen Wert der Arbeitsgemeinschaften rühmen und sie zur Erhaltung des Einzelnehmens mit den Arbeitnehmern loben. Nun stehen aber die hiesigen Buchdrucker-Hilfsarbeiter bereits seit dem 26. Juni 1919 in Verhandlungen wegen eines örtlichen Tarifverhältnisses. Bei der letzten Teuerungszulage, die ab 31. Mai d. Js. gezahlt werden sollte, haben sich noch eine Drucker in Zoppot und zwei in Danzig ablehnend verhalten. In

Danzig sind es die Firma Sauer, Inhaber Krognä, sowie die Bedellsche Hofbuchdruckerei, Inhaber Sander. Schon bei der früheren Zulage war es schwer, sie im Betriebe Krognä durchzuführen. Jetzt wagt er sich unbedingt, die Teuerungszulage zu bewilligen. Nach seiner Angabe ist es ihm nicht möglich, 160 Mk. Wochenlohn den männlichen Hilfsarbeitern zu zahlen. Dem Vorsitzenden der Organisation der Hilfsarbeiter erklärte Krognä, daß er die Leute entlassen müsse, wenn man ihn zur Zahlung der Teuerungszulage zwingen würde. Diese Drohung ist inzwischen von dem Herrn der neuerdings Vorsitzender der „Versammlungen“ der Danziger Buchdruckerbesitzer geworden ist, auch schon erfüllt worden. Er hat zwei Arbeiter, von denen der eine bereits 28 Jahre dem Betriebe angehört, angeblich wegen Arbeitsmangel entlassen. Dabei muß man sich vor Augen halten, welche Stundenlöhne früher die Buchdrucker-Hilfsarbeiter erhielten, wenn man ermessen will, wie nützlich der Mann, der nach 28-jähriger Tätigkeit hinausgeworfen wurde, dem Betriebe gewesen ist. Waren doch selbst im Anfange des vorigen Jahres noch Wochenlöhne von 30 Mark für männliche und von 8 bis 13 Mk. für weibliche Hilfsarbeiter gang und gäbe. Erst als die Organisation eingriff, wurde es besser. Aber auch jetzt zahlt Herr Krognä noch einem Arbeiter, der als Steinschleifer bei ihm tätig ist, den fünfstelligen Lohn von 50 Mark wöchentlich, weil er laubstumm ist und der Organisation fernsteht. Auch die organisierten Hilfsarbeiter erhalten dort nur 110 Mark Wochenlohn, obwohl der Tarif für sie 160 Mark vorsieht! Auch werden dort Kriegsbeschädigte für nur 70—80 Mk. pro Woche beschäftigt. Wir machen die Betriebsleitung darauf aufmerksam, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen eine bestimmte Anzahl Kriegsbeschädigter beschäftigt und tariflich entlohnt werden muß! Der Arbeitsmangel, der Herrn Krognä zur Entlassung der beiden Hilfsarbeiter zwang, erklärt sich besser, wenn man weiß, daß er den Entlassenen sagte: „Das können Sie dem Verbands danken!“

In der Bedellschen Hofbuchdruckerei hat sich Ähnliches abgepielt. Der Inhaber Sander verweigerte ebenfalls Zahlung der tariflichen Entlohnung. Ebenso verweigerte er den Arbeiterinnen die festgesetzten Ferien. Als nun die Arbeiterinnen am Freitag voriger Woche mit Sander über diese Fragen verhandelten, wurde die Vorsitzende noch am gleichen Tage, und wieder wegen des berühmten Mangels an Arbeit, gekündigt! Trotzdem konnte man schon am Tage darauf in den „Danziger Neuesten Nachrichten“ lesen: „Tätige Einlegerin bei hohem Lohn gesucht, Bedellsche Hofbuchdruckerei.“ So sieht auch in diesem Falle der Mangel an Arbeit in Wirklichkeit aus. Es ist höchste Zeit, daß die Behörden, die an diese Betriebe arbeiten, sich auch davon überzeugen, daß die tariflichen Arbeitsbedingungen eingehalten werden. Denn die vom Tarifamt festgesetzten Druckpreise werden solche Unternehmer dem Auftraggeber schon gern abnehmen. Dem tatkräftigen Eingreifen des Betriebsausschusses der Bedellschen Buchdruckerei ist es zu verdanken, daß die Kündigung der Arbeiterin zurückgenommen wurde. Leider hat im Betriebe Sauer-Krognä der Arbeitersaatschutz nicht die gleiche Solidarität geübt, was tief bedauerlich ist.

Allgemein beweisen diese Maßregelungen jedoch, wie die berühmte Arbeitsgemeinschaft selbst von führenden Unternehmern angewandt wird. Darum haben alle Eltern, deren Töchter in Buchdruckereien beschäftigt sind, die Pflicht, sie sofort der Organisation zuzuführen. Nur dadurch können sie ihren Kindern den notwendigen Schutz gegen Ausbeutung

## Renate.

Novelle von Theodor Storm.

(Schluß.)

Die ersten Seiten beschäftigten sich unter Beifügung eines außer ausgeführten Stammbaumes nur mit den Erbverhältnissen jenes Ostensfelder Pastors; wie bald ersichtlich, des Vaters unseres Josias, in dessen Hause er das Gedächtnis seines Jugendlebens niederschrieb. Dann aber hieß es weiter:

Unseres von dir erwähnten Schülerbesuchs bei meinen Junggefellens-Onkeln in dem Ostensfelder Pastorat entsinne ich mich gar wohl; und daß du den Onkel Josias in so warmer Affektion behaltst, hat mir insonderem wohlgetan; die Fragen aber, die du über ihn gestellst, wirst du in dessen hier angeschlossener eigener Handschrift insgesamt beantwortet finden.

In Wahrheit, es waren zwei recht verschiedene Menschen, der Herr Josias mit seinem Johannestypus und der berde, aufbrausende Pastor Ioc. Oftmals in meiner eigenen Amtstätigkeit habe ich des ersten Sonntags dort gedenken müssen; du kamst erst des Abends zu uns, ich aber sah schon vormittags an Onkel Josias Seite in der Kirche. Noch sehe ich unter den Abendmahls Gästen die leidtragenden Frauen vor dem Altare, welche noch damaliger Sitte bis über das Kinn in schwarze Decken eingehüllt waren; und wie der Onkel Pastor vor einen mit den durch die ganze Kirche hin vernehmlichen Worten: „Weg, weg damit!“ die Decken voll Ungebuld zur Seite riß, indes er mit der anderen Hand den Reich emporschiebte. Onkel Josias aber schüttelte still den Kopf und lehnte mit einem Nicken sich in seinen Stuhl zurück. Gleichwohl, wie ich später beobachtete, da ich den letzten Sommer vor dem großen Ezamen dort meine Repetitionen machte, lebten die beiden Verwandten in guter Eintracht miteinander. Welche waren Männer, die, wie man sagt, das Jhrige gelernt hatten und dies nicht in Vergessenheit geraten lassen wollten. Sie unterhielten sich oft über gelehrte Gegenstände und disputierten dann, auch wohl lateinisch.

In einem Punkte aber stimmten sie völlig überein; sie beide glaubten noch an Teufelsbündnisse und an schwarze Kunst und erachteten solch törichte Wahn für einen notwendigen Teil des orthodoxen Christenglaubens. Der Ostensfelder Pastor war dies im zornigen Bewußtsein eines wohlgerüsteten Kämpfers, der Onkel Josias dagegen, zu dessen zarter Gemütsbeschaffenheit dieser ganze Glaube gar nicht abel paßte, schien selbigen mir gleich einer Last zu tragen. Deshalb suchte ich oft, wenn wir alleine waren, mit Gräuer aus der Heiligen Schrift wie aus der menschlichen Dichtung ihm solches auszusprechen; allert mit allem seinem Scharfsinn, so ungleich als wie in schmerzlicher Ergebung, verteidigte er die göttliche Macht des Teufels.

Als der Sommer zu Ende ging, wurde für seine Gesundheit die strengste Vorsicht nötig; er durfte Sonntags die Kirche nicht mehr

befuchen, kaum noch das Haus verlassen; aber seine milde Freundlichkeit und seine, ich möchte sagen, schwermutvolle Heiterkeit blieben sich auch dann noch gleich.

Da war es kurz vor meiner Abreise an einem Morgen im Oktober; der erste Reiz war gefallen; und eine frische Klarheit durch die Luft verbreitet. Ich wandelte im Garten auf und ab und sah dabei bisweilen in die Zeitung, welche der Stadtbote mir soeben durch den Zaun gereicht hatte. Als ich nun las, daß der einst berühmte, aber seit lange seines Amtes wegen Simonie entsetzte Petrus Goldschmidt als ein Ehrenmitglied bei Hamburg das Zeitliche gesegnet habe, eilte ich ins Haus und dachte, nicht ohne eine kleine Schandenrede, solches dem Onkel Josias zu verkünden.

Als ich zu ihm eintrat, war mir, als sei auch in diesem sonst etwas dunkle Zimmer der schöne, letzte Morgen eingedrungen; denn trotz des brennenden Ofens waren beide Fensterflügel offen, und der Schall von den benachbarten Drehtischen und von hellen Rinderstimmen hatte freien Eingang.

Aber zu meiner beabsichtigten Mitteilung kam ich nicht. Feierlich, mit strahlendem Antlitz, trat Herr Josias mir entgegen. „Mein Andreas“, rief er, „wir werden fürder nicht mehr disputieren; ich weiß es ist in diesem Augenblick der Teufel ist nur ein im Abgrund liegender unmächtiger Geist!“

Indes ich vor Erstaunen schier verstummt, gemachte ich das Buch des Thomastus von dem Pastor der Zauberei auf seinem Tische aufgeschlagen. Ich hatte es nach unserer letzten Disputation dort heimlich hingelegt und fragte nun, ob ihm daraus die heilvolle Erkenntnis gekommen.

Aber Herr Johannes schüttelte den Kopf. „Nein“, sprach er, „nicht aus jenem guten Buche; es hat das Licht sich plötzlich in mein Herz ergossen. Ich denke so, Andreas: die Schatten des Todes wachsen immer höher; da will der Überwärtige die anderen Schatten von mir nehmen.“

Seine Augen leuchteten wie in überirdischer Verdämmung; er wandte sich gegen das Licht und drückte die Krone aus. „O Gott der Gnaden“, rief er, „aus meiner Jugend tritt ein Engel auf mich zu; bervoirt mich nicht ob meiner finsternen Schuld!“

Ich wollte ihn stützen, denn er wurde totbleich; und mir war, als sähe ich ihn wandern; er aber lächelte und sprach: „Ich bin nicht schwach in diesem Augenblick.“

Dann ging er an einen Schrank und richtete daraus das selbe Manuskript aus, welches ich mit diesem Buche empfangen.

„Nimm es, mein Andreas“, sagte er, „und bewahre es zu meinem Gedächtnis; ich bedarf desselbigen nun nicht mehr.“

Darauf reiste ich ab; und was nun folgt, hat mir erst lange nachher der Sohn des dortigen Ritters erzählt, welcher einige Jahre hier im Dorfe Lehrer war.

Nach in dem Monat meiner Abreise nämlich verbreitete sich das Gerücht im Dorfe; wenn Sonntags alles in der Kirche und die

Strophen leer seien, so stiehe ein sahlgraues Pferd, desgleichen man sonst in der Gemeinde nicht gesehen, vor der Pforte des Pastorates angebunden; und bald danach: es komme von Süden her ein Weib über die Heide geritten, das binde ihr Pferd an den Mauerring und kehre im Pastorat ein; wenn aber der Pastor und der Strom der Gemeinde aus der Kirche heimkomme, dann sei sie jedesmal schon wieder fortgeritten.

Daß dieses Weib den Herrn Josias besuche, war unschwer zu erraten; denn um solche Stunde wollte niemand außer ihm im Hause. Dabei aber ereignete sich gar Sonderliches; denn abhien sie unzweifelhaft schon in älteren Jahren gestanden, so ist doch den eifigen, welche sie gesehen haben, darüber gestritten und behauptet worden, daß sie noch jung, von anderen, daß sie auch schon gewesen sei; wenn man aber des näheren nachgefragt, so hatten sie nichts wahrgenommen als zwei dunkle Augen, aus denen das Weib sie im Vorüberreiten angeblickt.

Im ganzen Dorfe ist nur ein einziger gewesen, der von diesen Dingen nichts erfahren hat, und zwar der Pastor selber; denn alle haben des Mannes aufflammende Gekitzel geschmeckt, und alle haben den Onkel Josias liebgehabt.

Aber eines Sonntages, da es wieder Frühling worden war, die Weibchen in den Gärten schon geblüht haben, ist die Heidefrau auch wieder da gewesen; und auch diesmal, da der Pastor aus der Kirche heimgekommen, hat er weder sie noch ihren Gaul gesehen; es ist wie immer alles still und einsam gewesen, da er seinen Hof und dann sein Haus betreten hat. Und da er, wie er igo nach der Kirche pflogte, in seines Verwandten Zimmer ging, war es auch dort sehr still. Die Fenster standen offen, so daß von draußen aus dem Garten die Frühlingsdüfte den ganzen Raum erfüllten hatten, und der Eintretende sah Herrn Josias in seinem gewohnten Stuhle sitzen; doch, was ihn übernahm, ein Weib, das er nicht kannte, mit einer feiner Hände, die er nur sah auf dem Schoß gelehrt hatte. Aber der Vogel lag tot und in die freie Himmelhöhe hinaus, als der Pastor igt mit seinem schweren Schritt herantam und sich über den Beuhstuhl beugte.

Herr Josias sah noch immer unbeweglich und sein Angesicht war voller Frieden; nur war derselbe nicht von dieser Welt.

Nun aber hat es bald ein laut Geräusch im Dorfe gegeben, und auch dem Onkel Pastor haben alle es erzählt, von denen er es hat hören wollen; man wisse nun, die Hege von Schwalbe, sei es gewesen, die auf ihrem Hof allsonntags in der Dorf gekommen; ja, derer eifige hatten sichere Kunde, daß sie, unter Vorspiegelung trügerischer Heiligkeit, dem armen Herrn Josias das Leben abgenommen habe.

Wir aber, wenn du alles nun gelesen, du und ich, wir wissen besser, wer sie war, die feinen letzten Gauch ihm von den Rippen nahm.

Ende.





# Aus aller Welt.

## Verbrechen auf Berliner Kanäle.

In der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag überfiel eine zum Teil mit Messern bewaffnete Bande jugendlicher Räuber in Treppenwohnungen einer benachbarten gelegenen Straße, in denen gerade Tanzmusik im Gange war. Es waren ungefähr zehn Mann, die die Heberlei ausübten. Sie erstreckten sich in den Treppenhallen und auf dem Treppengang. Am 27. September wurden die letzten und heftigsten Kämpfe in der nächsten Nähe der Treppenhallen im Treppengang vorüber. Man warf Steine und Scherben, die die Täter auf dem Treppengang in die Hand nahmen.

Die Täter wurden durch den großen Tumult, der ja der Stadt Teil wurde, zum Teil durch die Räuber vertrieben, zum Teil durch die Polizei und durch die Anwesenheit der Polizei. Die Täter wurden durch den großen Tumult, der ja der Stadt Teil wurde, zum Teil durch die Räuber vertrieben, zum Teil durch die Polizei und durch die Anwesenheit der Polizei.

Nachdem Heberlei hatten die Täter den Treppengang verlassen und sich in die Treppenhallen zurückgezogen. Die Polizei wurde durch den großen Tumult, der ja der Stadt Teil wurde, zum Teil durch die Räuber vertrieben, zum Teil durch die Polizei und durch die Anwesenheit der Polizei.

nehmer der Langunterhaltung auf den Arm aufmerksam geworden und suchten die Räuber hinauszudrängen. Wieder wurde geschossen, ohne daß jedoch jemand verwundet worden wäre. Die Kommissare ergreifen schließlich die Flucht und leuchten nach von der Straße aus, um eine Verfolgung zu verhindern.

Bedauerlicherweise dachte man bei diesen Überfällen zu erst daran, die Sicherheitswache zu verständigen. Als diese erschien, waren die Kommissare bereits spurlos verschwunden.

## Kampf eines Kriminalbeamten mit einem Verbrecher.

Als ein Kriminalwachmeister am 8. August in Berlin nach der Verhaftung eines Gefangenen in das Polizeigewahrsam über den Gefängnishof schritt, sah er dort einen Mann stehen, der sich durch Reibung der Hände mit einem Gefangenen unterhält. Er stellte den Mann zur Rede und wies ihn vom Hof hinunter. Statt der Aufforderung des Beamten nachzukommen, fiel dieser über ihn her, schlug auf ihn ein und hegte auch einen schweren Faustschlag, den er bei sich hatte, auf den Beamten. Nach längerem Kampf gelang es diesem jedoch, den Mann zu überwinden und abzuführen. Es heißt sich heraus, daß der Verbrecher ein 32 Jahre alter wiederholt wegen Einbruchsdiebstahl verurteilter Julius Gidel ist, der erst kürzlich wegen eines verwegenen Einbruchs in der Brunnenstraße, bei dem er mit seinen Spießgesellen über die Tücher gegangen war, festgenommen worden ist. Die Kriminalpolizei führte ihn dem Untersuchungsrichter vor, der ihn jedoch trotz seiner vielen Verurteilungen wieder auf freien Fuß ließ, weil er angeblich heiraten wollte.

Ja der Zwischzeit aber war seine zukünftige Frau von der Kriminalpolizei ebenfalls wegen anderer Vergehen in das Polizeigewahrsam eingeliefert worden. Gidel war nun nach dem Polizeipräsidium gekommen, um sich mit seiner Braut zu unterhalten.

## Tot Grabungsglied auf Seite Kaiserstuhl

Bei Teufelnd hat am 8. August schwere Opfer gefordert. Über die Entführung der Kaiserstraße wird gemeldet: Als am Sonntag morgen der Maschinenwärter den zweiten Korb der Nachtschicht zu Tage förderte, ging der Korb durch die Seilseile durch. Das Seil riss und der Korb stürzte über 550 Meter in den Sumpf des Schachtes. Die Jungbohrer hatten versagt und die auf dem Korb befindlichen 30 Bergleute stürzten mit dem Korb in den Sumpf. Zwei Leute wurden bei dem Absturz herausgeschleudert und als verformte Leichen aufgefunden. Die übrigen 28 Bergleute liegen mit dem zertrümmerten Korb in dem Schachtlumpf und konnten trotz angestrebter Arbeit bis jetzt noch nicht geborgen werden. Der Maschinenwärter Meier, der den Korb zu hoch gezogen hatte, unternahm in seiner Wohnung einen Selbstmordversuch. Er wurde jedoch noch lebend ins Krankenhaus gebracht.

## Chefredakteur Adolf Bartel.

Verantwortlich für den politischen Teil Adolf Bartel, für den unpolitischen Teil Leo Kopp, für die Inserate Bruno Gwertl, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. G. & Co., Danzig.

## Nützliche Bekanntmachungen.

### Abgabe von Lebensmitteln.

Am Freitag und Sonnabend dieser Woche und am Montag der nächsten Woche kommen folgende Lebensmittel zur Ausgabe:

1. Von Freitag, den 13. August:  
a) Auf die Speisekarte: 250 Gramm Schmalz zum Preise von 14.- Mk. für das Pfund auf die Marke 3.  
b) Auf die Marke 18 und 19 A der Danziger Lebensmittelkarte: 7 Pfund Kartoffeln sowie Vorräte vorhanden.

2. Am Sonnabend, den 14. August:  
Auf die Marke 15 und 16 A der Danziger Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder sowie 25 und 26 A der Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden Ohra, Emaus, Brentan und Bürgerweiden: 250 Gramm Rindfleisch.

Es wird darauf hingewiesen, daß bei dem Empfang des Fleisches die aufgerufenen Marken abzuliefern sind.

Der Verkauf von kassierten Milch findet fortan nur am Mittwoch dieser Woche an eintragende Kunden statt. An diesen Tagen darf bei den Fleischern andere als kassierte Milch nicht verkauft werden.

3. Von Dienstag, den 17. August: Auf die Lebensmittelkarte:  
a) 250 Gramm Haterflocken zum Preise von 1.80 Mk. für das Pfund, Marke 16 der Danziger Lebensmittelkarte für Erwachsene sowie Marke 26 der Lebensmittelkarte für Erwachsene in den Nachbargemeinden.  
b) 250 Gramm Gerstengröße zum Preise von 95 Pfg. für das Pfund, Kinderkarte Marke 16 A in Danzig sowie Marke 26 A in den Nachbargemeinden.

c) 500 Gramm Kunsthonig zum Preise von 2.50 Mk. für das Pfund, Marken 17 und 17 A der Danziger Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder sowie Marken 27 und 27 A in den Nachbargemeinden.

Der Kunsthonig ist in der üblichen Weise zu beziehen.

d) 500 Gramm Bienenhonig zum Preise von 12.50 Mk. für das Pfund, Marken 18 und 18 A der Danziger Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder sowie Marken 28 und 28 A der Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden, erhältlich in nachfolgenden Geschäften:

Danzig:  
Bauer, Joh., Stadtk 15  
Basse, Viktor, Hakerstraße 56  
Cendrus, Adam, Schillingstraße 11  
Englinski, H., Robergasse 1  
Grünke, L., Biegestraße 14  
Groß, Friedrich, 2. Damm 15  
Hink, William, Gartengasse 5  
Koschum- und Spargenossenschaft, Tischlerg. 41  
Lilienthal, Franz, Langgarten 62  
Mojewski, L. P., Hausstr. 5  
Schenk, L., Sandgrube 61  
Wedhorn, Johannes, Vorst, Graben 45.

Langfuhr:  
Fröhlich, Oskar, Jähkentalerweg 1  
Jucke, Emil, Hauptstraße 126.  
Stadtgebiet: Strehlau, Ad., Stadtgebiet 44.  
Heubude: Semrau, Dammstraße 27.  
Schidlig, Felicitas, Rüd., Unterstraße 18.  
Bröfen: Emil, Julius, Kurze Straße 8.  
Neufahrwasser: Kalkstein, M., Kirchenstr. 6.  
St. Albert: Müller, E., St. Albert 7.  
Laurential: Grabowski, J., Laurentialerweg 31.

4. Von Mittwoch, den 18. August 1920:  
125 Gramm Butter, zum Preise von 10.00 Mk. für das Pfund, auf die Marke 4.

Die Butterhändler erhalten die Bezugscheine für Butter am Dienstag, den 17. d. Mts. von 10 bis 11 Uhr in der Markereibteilung, Kaiser-Wieben, Fleißberggasse, Flügel B, hochpt.  
Die Händler erhalten die Bezugscheine für Bienenhonig im Lebensmittelamt, Kaiser-Wieben, Fleißberggasse, Flügel B, 2 Treppen, Zimmer 30.

Die für Bienenhonig verzeichneten Marken sind der Abzugskartenstelle, Pfefferstadt 33 35, 1 Treppe, Sozial. Stelle 8 einzuziehen. — Die Einreichung der übrigen Marken erfolgt in der üblichen Weise.

Danzig, den 12. August 1920. (1920)  
Der Magistrat.

Der Staatsrat hat beschlossen:

Die Einziehung der Staats- und Gemeindeeinkommensteuer für das Steuerjahr 1920 wird in der Weise ausgelegt, daß

a) bis zu einem Einkommen von 3000 M. eine Steuereinzahlung nicht erfolgt,  
b) in den Einkommensstufen von 3001 bis 6000 M. 50% des veranlagten Staats- und Gemeindeeinkommensteuerjahres,  
c) in den Einkommensstufen von 6001 bis 10 499 M. 75% des veranlagten Staats- und Gemeindeeinkommensteuerjahres zur Erhebung gelangen.

Die Fälligkeit der nach obigem Beschlusse nicht zur Erhebung gelangenden Steuern wird bis zum Erlaß endgültiger Bestimmungen hinausgeschoben. Die Fälligkeit der zur Einziehung gelangenden Beträge tritt nach Maßgabe der obigen Bestimmungen ein. Nach diesen Bestimmungen ist auch die zwangsweise Beitreibung in die Wege zu leiten.

Auf die von den Beamten zu zahlenden Steuern findet dieser Beschluß keine Anwendung. Von diesen sind die Steuern noch zu entrichten.

Danzig, den 11. August 1920.  
Der Staatsrat.

Auf Grund dieses Beschlusses des Staatsrats erfolgt hierdurch die Mahnung wegen der in dem Beschluß genannten Beträge, die sofort zu entrichten sind. Die Einreichung der Beträge hat bis spätestens 20. August d. J. zu erfolgen. Nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist wird zwangsweise Einziehung, gegebenenfalls durch Lohnpfändung erfolgen. Wir bemerken hierbei, daß durch die zwangsweise Einziehung gleichzeitig hohe Gebühren entstehen, die nach gesetzlicher Bestimmung erhoben werden müssen. Gleichzeitig weisen wir auf die in der Zahlkarte angegebenen Zahlungsmöglichkeiten auf hargeldlosem Wege (Biro-, Postcheck-Konto Nr. 2000 „Städtische Steuerkasse“) hin.  
Danzig, den 11. August 1920. (1920)  
Steueramt I.

## Ausgabe neuer Hauptmarkenbogen.

Am Sonnabend, den 14. August werden abgefertigt:

in der Ausgabe:	die Haushaltungen der Straßen:
Turnhalle der Schule	Gr. Schwalbeng. 1-20
Schulengasse:	Brandstraße,
Mädchenk. Faulgraben:	Brochhöfer Weg.
Mädchenk. Weiden-gasse 61:	Engl. Damm 1-15.
Schidlig, Mädchenk. Rektorweg:	Oberstraße 75-120.
Knabenk. Baum-gartische Basse, Eingang	Städt. Grab. 90-112
Schwiebegaße:	Frauenstraße 1-39.
Mädchenk. Langfuhr, Bahnhofstraße:	Birkenallee, Drentauerweg.
Knabenk. Langfuhr, Bahnhofstraße:	Eichenweg.
Knabenk. Mädchenk. Salperstraße:	Alema Straße, Glettkauer Straße, Helzer Straße, Jungstraße, Kassestraße, Konradshammer Str., Anzingerstraße, Dänenweg, Jorjagat Rießelstein, Jorjagat Heubude, Fländerstraße.
Böhlen, bei Herrn Jierold:	Rabenerweg, Schillingstraße.

Altkolonien, evangel. Schule:  
St. Albert, Schule Rem-nabergang:

Die Haushaltungen der Straßen, die bereits zur Abholung aufgerufen worden sind, aber aus einem wichtigen Grunde ihre Hauptmarkenbogen noch nicht in Empfang genommen haben.

Danzig, den 12. August 1920. (1920)  
Der Magistrat.

## Ausgabe der Brot- und Mehlkarten.

Die Brot- und Mehlkarten werden diesmal gegen Abgabe der Hauptmarke Nr. 193 ausgegeben.

Danzig, den 12. August 1920. (1920)  
Der Magistrat.

## Die Erd-, Maurer- und Zimmerarbeiten, einschl. Abbruch für den Einbau von Kleinwohnungen in das neue Zeughaus an der Promenade sollen in öffentlicher Verdingung vergeben werden.

Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis Montag, den 23. August, vorm. 10 Uhr im Saubüro im Eisenbahndirektionsgebäude, Zimmer 433 einzureichen.

Die Bedingungen liegen in der Hochbau-geschäftsstelle im Rathaus in der Langgasse, Zimmer 32 zur Einsicht aus und können auch gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden.

Danzig, den 12. August 1920. (1920)  
Der Magistrat.



## „Die Nacht der Entscheidung“

im neuen Spielplan:  
Eine große Kanone!

Sensationelles Drama in 5 Akten von Dr. Alfred Schirokauer. Hauptdarsteller: Erich Kaiser-Tietz, Grete Reinwald, Henri Peters-Arnold. Außerdem: Ein großer Lustspiel-Schlager.

## Alle

welche zum Dominik kommen, müssen die Gelegenheit benutzen.

Nielsens Panoptikum Deutschlands größtes wanderndes Wackskabinett zu besuchen, es ist interessant und bezeichnend für alle! Nur kurze Zeit hier!

Von heute ab billige Preise!

1 Mark.

Anatomische Abteilung 1 Mk.

Druckers Helljahr bei offenen Beintreten, Krampfadern, Schwellen, allen Wunden, Schwellen, Bruch, Hernie, Strabismus, Katarakt, Glaukom, Netzhaut, Sehkraft, Brillen, Kontaktlinsen, Augenoperationen, Augenheilmittel, Augenwasser, Augencreme, Augenpulver, Augenstäbchen, Augenringe, Augenmasken, Augenklappen, Augenbrillen, Augenlinsen, Augenoptik, Augenmechanik, Augenwerkzeuge, Augeninstrumente, Augenmaterialien, Augenaccessoires, Augenreparaturen, Augenreparaturwerkzeuge, Augenreparaturmaterialien, Augenreparaturaccessoires, Augenreparaturinstrumente, Augenreparaturwerkzeuge, Augenreparaturmaterialien, Augenreparaturaccessoires, Augenreparaturinstrumente.

Starkes 5-Jahresrad mit Torpedo-Freil. u. Rückr. u. Gummiwerk. billig, verk. Mk. 3.50. Versand Berlin oder einzukaufen. (1920)

Städt. Gebiet 28. 2 Tr. 1.

## Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.) Tel. 4092. Besizer u. Direktor Paul Bamsmann. Künstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunstadt.

Heute Freitag, den 13. August abends 7 1/2 Uhr

## Die Schönste von Allen

Operette in 3 Akten von Georg Okonkowski. Musik von Gilbert.

In Vorbereitung: „Die Dame vom Zirkus“.

Vorverkauf täglich von 10-3 Uhr bei Kodlin, Langermarkt 28 und von 10-5 Uhr im Warenhaus Freymann. Sonntags v. 9-2 an d. Theaterkasse.

In den Parterre-Räumen: Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

## Gedania-Theater

Schüsseidamm 53/55.

Ab heute! Nur 4 Tage! Aus eines Mannes Mädchenjahren!!

Drama in 5 Akten mit Erika Grässer. (1920)

## Der Todes-Sattel!

Großer Wild-West-Abenteurerfilm in 4 Akten. Viele sensationelle Atemraubende Verfolgungsszenen! Spannend von Akt zu Akt! Beginn der letzten Vorstellung 8 1/2 Uhr.

## Metropol-Lichtspiele

Dominikswall 12.

Der Gentleman-Detektiv John Harrison

in seinem ersten Film der Serie 1920/21

## Das Zeichen der Vier!

Detektivschauspiel in 6 Akten.

## Der nicht vom Weibe geboren!

Großes Drama in 5 Akten mit Ralf Nordeck. (2001)

## Lustspiel-Einlage!

## Vom Beter zum Kämpfer

von Nikolaus Osterroth. Preis 6.- Mark.

## Buchhandlung Volkswacht

Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 82